

Fifa «foult» Strassenhändler

Kritik an den
WM-Konzessionen

Zürich Die Polizei weist Strassenhändler um die brasilianischen Fussballstadion schon Wochen vor der Fussballweltmeisterschaft weg. Die Verkaufslizenzen werden ihnen weggenommen, die Ware entschädigungslos konfisziert. Unter dem World-Cup-Gesetz der Regierung und des Weltfussballverbands Fifa gilt während der WM in den angestammten Verkaufsgebieten – den Fanzonen – ein Verkaufsverbot. Nur WM-Sponsoren wie Coca-Cola und Budweiser dürfen ihre Produkte feilbieten. Internationale Nichtregierungsorganisationen wie Solidar Suisse fordern seit längerem eine Aufhebung des Verkaufsverbots.

Neuster Schritt der Fifa: Die Strassenhändler dürfen in den äusseren WM-Zonen, wo kommerzielle Restriktionen gelten, autorisierte Produkte verkaufen. Fifa-Marketing-Direktor Thierry Weil sagt: «Derzeit können sich die Strassenverkäufer bei den Austragungsorten registrieren, sie erhalten dann von den Gaststädten Uniformen, in denen sie im Umfeld des Stadions verkaufen dürfen.» Die Fanzonen allerdings bleiben für die mehreren 10 000 Verkäufer tabu.

Laut Solidar-Suisse-Sprecherin Eva Geel ändern die Pseudo-Konzessionen der Fifa nichts daran, dass es immer noch Sperrzonen wie die Fanmeilen gibt und die Strassenhändler dadurch ihre Lebensgrundlage verlieren. «Dieses Foul an den Strassenhändlern kann die Fifa nur noch rückgängig machen, indem sie die Sperrzonen aufhebt», fordert Solidar Suisse in einer Videokampagne, die heute startet. Die Fifa hält daran fest, dass es kein generelles Verkaufsverbot gebe. (cg)

Starkes Beben in Griechenland

Hunderte Verletzte
auch in der Türkei

Athen Ein schweres Erdbeben erschütterte die gesamte Ägäis und grosse Teile des östlichen Mittelmeers sowie der Balkanhalbinsel. Der stärkste Erdstoss ereignete sich am Samstag um die Mittagszeit. Er war auch in Athen und Istanbul, in der griechischen Hafenstadt Thessaloniki und auf der Halbinsel Peloponnes bis hin nach Zypern zu spüren. Das Beben wurde zunächst mit einer Stärke von 6,5 registriert. Tote oder Verletzte gab es nicht. Bei den Verletzten handelt es sich laut dem türkischen Katastrophenschutz vor allem um Menschen, die in Panik gerieten und während des Erdstosses aus den Fenstern sprangen oder auf der Flucht aus dem Gebäude auf den Treppen stürzten.

Anzeige

 **Stiftsschule Engelberg**
Abby School Since 1120

 **Zweisprachige Maturität**
IB World School

Tel +41 (0)41 639 62 11
www.stiftsschule-engelberg.ch

Ungeliebter Friedensstifter

Wahlsonntag in Kolumbien: Präsident Santos will sich mit der Farc versöhnen

Tobias Käufer

Bogotá Wenn Juan Manuel Santos morgens in Richtung Präsidentenpalast in Bogotá zur Arbeit fährt, ist das jedes Mal ein kleines Spektakel. Die Autokarawane des kolumbianischen Präsidenten wird angeführt von einem Spezialkommando, das mit fest installiertem Maschinengewehr auf einem offenen Jeep die Strasse Carrera 7 entlangfährt. Der Lauf des Gewehrs zielt nach oben, auf die Dächer der Hochhäuser, die der Präsident auf der wichtigsten Verkehrsachse der Stadt passiert. Überall vermuten die Personenschützer des konservativen Politikers potenzielle Attentäter der linksgerichteten Guerilla-Organisation Farc. Doch diese martialischen Bilder könnten schon bald Geschichte sein.

Santos will Frieden mit der Farc. Seit vier Jahren regiert er Kolumbien, heute bewirbt er sich um eine weitere Amtszeit. Ob er wiedergewählt wird, ist keineswegs sicher. Santos, der unter seinem Vorgänger Álvaro Uribe Verteidigungsminister war und dessen Politik der militärischen Stärke

konsequent umsetzte, hat sich auf ein politisches Wagnis eingelassen. Eine Verhandlung mit den Guerilleros, die in weiten Teilen des Landes wegen ihres brutalen Terrors gegen die Zivilbevölkerung verhasst sind, kommt nicht nur gut an. «Es geht bei der Wahl um Krieg und Frieden», hämmert Santos seinen Landsleuten ein.

Aussichtsreiche Kandidaten für den Friedensnobelpreis

Doch Frieden mit den «Narco-Terroristen», wie Vorgänger und Ziehvater Álvaro Uribe die Farc nennt, will im erzkonservativen Teil Kolumbiens niemand. Das hat die einstigen Weggefährten Uribe und Santos zu erbitterten politischen Feinden gemacht. Die Zeit, als es ihnen vor sechs Jahren gemeinsam gelang, die ehemalige Präsidentschaftskandidatin Ingrid Betancourt aus der Gewalt der Farc zu befreien, scheint eine Ewigkeit zurückzuliegen. Damals schickte die Regierung eine als Delegation des Internationalen Roten Kreuzes getarnte Spezialeinheit. Santos wurde als Held gefeiert. Betancourt hat sich seitdem aus der Politik

zurückgezogen und lebt in Frankreich. Uribe wettet gegen seinen Nachfolger, und Santos versucht sein Friedensprojekt durchzuführen.

Der heute 62 Jahre ehemalige Journalist kommt aus einer reichen, einflussreichen Familie, die lange Jahre den dominierenden Medienkonzern «El Tiempo» im Alleingang beherrschte. Die Folgen des Bruchs im konservativ-bürgerlichen Lager sind spürbar: Laut Meinungsumfragen will nur rund ein Viertel für Santos stimmen. Das würde zwar für einen zweiten Wahlgang reichen, aber ein überzeugendes Plebiszit für seine Friedensverhandlungen sieht anders aus. Oscar Ivan Zuluaga, der Mann aus dem Uribe-Lager, kommt in etwa auf die gleiche Stimmzahl. Er steht für einen kompromisslosen Weg im Umgang mit der Farc, liess sogar die Friedensgespräche abhören, um Material für den Wahlkampf zu sammeln, und löste damit einen politischen Skandal aus.

Zwei Drittel der selbst gesteckten Agenda haben Regierung und Farc in zähen, langwierigen Verhandlungen schon abgearbeitet.

Gewinnt Santos im zweiten Wahlgang, dürften die Friedensgespräche bis Ende Jahr abgeschlossen sein. Er wird sich dann mit Farc-Chef Timoleón Jiménez, alias Timoschenko, treffen, um das Abkommen zu ratifizieren. Beide wären Kandidaten für den Friedensnobelpreis.

Danach wartet die nächste schwere Prüfung auf den Präsidenten: die Aufarbeitung der jüngeren Vergangenheit. Der Konflikt kostete 220 000 Menschenleben. Die unsagbaren Verbrechen der Farc, der ultrarechten Paramilitärs und von Teilen der Armee werden dann ans Licht kommen. Santos hat sich ganz bewusst für diesen Weg entschieden. Die tiefen Wunden des jahrzehntelangen Bürgerkrieges können nur verheilen, wenn sich alle Beteiligten an einen Tisch setzen, auch wenn der Preis dafür hoch ist. Santos riskiert deswegen seine Wiederwahl. Die Fortsetzung der Politik der militärischen Stärke gegen die Farc wäre der sicherere Weg zur zweiten Präsidentschaft gewesen. Ob die Kolumbianer diesen Mut honorieren, wird sich heute zeigen.



Juan Manuel Santos während einer Wahlveranstaltung in Bogotá: Laut Umfragen wird nur ein Viertel der Wähler für ihn stimmen

Foto: Reuters

EU-Wahl: Nur die Esten vertrauen dem E-Voting

Im baltischen Staat wird jede dritte Stimme elektronisch abgegeben – Ältere ziehen vermehrt das Internet der Urne vor

Tallinn Den Auftakt zu den Europawahlen machte Toomas Hendrik Ilves vorletzte Woche. Stolz twitterte der 60-jährige Präsident Estlands: «Ich habe meine elektronische Stimme abgegeben. Das war nicht nur unglaublich einfach, sondern ein Beweis für mein Vertrauen in die beste IT-Sicherheit der Welt und in den estnischen Staat.»

Estland bleibt zehn Jahre nach der Einführung das weltweit einzige Land, das bei nationalen Wahlen auf ein elektronisches System setzt. Bei den aktuellen Europawahlen hatten rund eine Million stimmberechtigte Esten sechs Tage Zeit, im Internet zu wählen. Jene, die weiterhin lieber Papier vertrauen, können die

Wahl heute nachholen. Den traditionellen Gang zur Urne werden allerdings so wenige machen, wie seit Loslösung von der Sowjetunion 1991 nicht mehr.

Laut Tarvi Martens, Chef des estnischen E-Voting-Systems, hat sich die Anzahl Wähler im Internet im Vergleich zur letzten Europawahl vor fünf Jahren verdoppelt. Damit wäre jede dritte estnische Stimme in der aktuellen Abstimmung elektronisch abgegeben worden. Die endgültigen Wahlergebnisse liegen erst nach der Auszählung der Papierstimmen heute Abend vor.

Überraschend an der estnischen EU-Wahl: Vor allem ältere Bürger, die weniger mobil sind, ziehen vermehrt das Internet der

Urne vor. 2009 lag der Anteil der über 55-Jährigen, die online wählen, bei 20 Prozent – jetzt sind es bereits 28 Prozent. Am meisten aber schätzen die im Ausland lebenden Esten die elektronische Wahlmöglichkeit. Knapp 5 Prozent aller Internetstimmen kamen von ausgewanderten Esten.

Experten bezeichnen das Wahlsystem als unsicher

Wenn E-Voting die Hürden für die Teilnahme an der Wahl entscheidend senken kann, warum setzt bisher nur Estland darauf? Grund sind die Sicherheitsprobleme, die der estnische Präsident erwähnt. Ilves richtete seinen Tweet nicht nur an die Stimmbürger von Estland, er war auch eine Bot-

schaft an eine Gruppe von Sicherheitsexperten aus England und den USA, die zuvor auf der Website Estoniovoting.org ein Video veröffentlicht hatten. Darin wird das estnische Wahlsystem als unsicher beschrieben. Resultate könnten im Nachhinein im grossen Stil manipuliert werden. Ihre Empfehlung: Die EU solle die estnischen E-Votes nicht akzeptieren.

«Theoretisch ist jedes Computersystem zu knacken», sagt E-Wahl-Verantwortlicher Tarvi Martens. «Aber es ist für uns technisch nicht nachvollziehbar, wie diese Leute unser System kompromittieren können.» Die Computerexperten, die das System nun als unsicher bezeichnen würden,

hätten kürzlich im Auftrag der estnischen Zentrumsparterie gearbeitet – einer Partei, die im letzten Wahlkampf gegen das E-Wahlen-System eine Kampagne führte und in der Hauptstadt Tallinn an jeder Strassenecke Plakate aufhängte, auf denen ein gehörter Mann am PC sass. Die Botschaft: Nur der Teufel wählt im Internet.

Brüssel hat die angebliche Sicherheitslücke noch nicht kommentiert. Klar ist bereits jetzt, dass die Länder vorerst an den Stimmzetteln auf Papier festhalten werden: Zu gross ist die Angst westlicher Demokratien, dass elektronische Wahlergebnisse im Nachgang massiv gefälscht werden könnten. Barnaby Skinner